

Ulrike Kostka

Berlin: arm aber sexy – demokratiepraktische Beobachtungen

Zusammenfassung

In dem Beitrag wird die Rolle des Diözesancaritasverbandes im Erzbistum Berlin im Hinblick auf demokratische Prozesse in der Landespolitik betrachtet. Ausgehend von der Beleuchtung von Armutphänomenen in und um Berlin und demokratiepraktischen Beobachtungen, insbesondere im Bereich der Sozialpolitik, wird die Bedeutung der sozialetischen Reflexion bei der sozialpolitischen Profilierung und Praxis der Caritas herausgearbeitet. So ergibt sich ein Verständnis von der Caritas als kirchlicher Wohlfahrtsverband, dessen zentrale Aufgaben in der Anwaltschaftlichkeit für die Benachteiligten, in Dienstleistung und in der Solidaritätsstiftung bestehen.

Abstract

This contribution sheds light on the role of the diocesan Caritas organisation in the archdiocese of Berlin with regard to democratic processes in regional politics. On the basis of the observed poverty in the Berlin region and the observation of democratic practices, particularly in the field of social politics, the significance of the organisation's socio-ethical reflection concerning its socio-political profiling and praxis is assessed. As a result, an understanding is developed of Caritas as a church welfare organisation whose central mission is to speak up for disadvantaged groups, to provide services and to promote solidarity.

„Berlin ist arm, aber sexy“ war der vielzitierte Leitspruch des Regierenden Bürgermeisters Klaus Wowereit von Berlin. Allerdings ist dieser Spruch von ihm spätestens seit dem Flughafendebakel schon länger nicht mehr zu hören. Aber er wird in der Stadt und darüber hinaus immer wieder zitiert. Empirisch stimmt der erste Teil des Satzes, der zweite ist Geschmacksfrage.

1 Armutsphänomene in Berlin

Auch nach dem Mikrozensus ist Berlin die Hartz-IV-Hauptstadt der Bundesrepublik.¹ Die Armutsgefährdungsquote 2011 liegt über dem Bundesdurchschnitt von 15,1 % bei 19,2 %. Insbesondere Kinder und Jugendliche sind stark betroffen (24,7 % / 33,6 %). Es zeigen sich neben der Kinder- und Bildungsarmut zwei zentrale zunehmende Armutsphänomene: eine wachsende Altersarmut mit 6,7 % sowie das Problem der Wohnungsarmut.

Früher galt der Berliner Wohnungsmarkt als sehr flexibel und billig, doch die Lage hat sich in den vergangenen Jahren massiv zugespitzt. Insbesondere Wohnungen für 1–2-Personenhaushalte sind kaum noch zu finden. Es ist nicht nur eine deutliche Verschiebung sozial schwächerer Gruppen in Bezirke am Stadtrand zu verzeichnen. Es findet vielmehr mit steigender Tendenz eine Verdrängung aus eigenem Wohnraum aufgrund von Mieterhöhungen statt. Selbst 85jährige mit Grundsicherung müssen umziehen, weil die Miete ihrer Wohnung, in der sie seit 40 Jahren leben, steigt. Immer mehr Menschen suchen die Beratungsstellen der Caritas mit komplexen Problemlagen auf. Diese betreffen nicht nur Themen der Existenzsicherung, sondern umfassen auch zunehmend psychische Probleme der Lebensbewältigung.

Als Metropole mitten in Europa ist Berlin Anziehungspunkt für Menschen aus aller Welt. So spiegelt sich auch die europäische Armutswanderung in Berlin. In den letzten Jahren und Monaten erlebten die Einrichtungen und Dienste der Wohlfahrtsverbände eine Vielzahl von Menschen aus Osteuropa, Südosteuropa und jetzt auch vermehrt aus Südeuropa, die nach Berlin kommen, um dort neue Perspektiven und einen Weg aus der Armut zu finden. In Einzelfällen ersuchen auch Deutsche, die ausgewandert waren und nun im Ausland verarmt sind, um Hilfe in den Diensten der Caritas. Ein ungelöstes Problem ist bislang die mangelnde medizinische und pflegerische Versorgung von EU-Bürgerinnen und Bürgern ohne eindeutigen Versicherungsstatus.

Die Durchschnittsrente in Brandenburg und Vorpommern liegt bei ca. 600 Euro. Viele Rentnerinnen und Rentner sind von Altersarmut betroffen – mit den entsprechenden materiellen und sozialen Folgen. Ein

1 Die Beschreibung der Armutsphänomene in Berlin orientiert sich an der Darstellung in der Sozialpolitischen Position des Caritasverbandes für das Erzbistum Berlin e. V. (2013), <<http://www.caritas-berlin.de>>, abgerufen 17.07.2013. Die Bezüge werden nicht einzeln kenntlich gemacht.

weiteres Phänomen gerade in den ländlichen Regionen des Erzbistums ist der Rückgang der Bevölkerung. Brandenburg wird in den nächsten Jahrzehnten 30 % seiner Bevölkerung verlieren, in Vorpommern sieht es ähnlich aus. Außer in verschiedenen Mittelzentren wie Greifswald oder Stralsund bleiben in vielen Dörfern die älteren Menschen zurück. Es ergeben sich Versorgungsprobleme und sogar die Frage nach der Aufgabe von bestimmten noch bewohnten Gebieten wird laut. Zudem fehlen Arbeitsmöglichkeiten und Freizeitangebote für jüngere Menschen. Teilweise nutzen rechte Gruppen diese Situation und unterwandern z. B. die Jugendfeuerwehr. Perspektivlosigkeit und fehlende alternative Freizeit- und Sinnangebote fördern Radikalisierung.

Im Erzbistum Berlin nimmt der Kontrast zwischen prosperierenden Gebieten und Regionen bzw. Stadtteilen mit einer problematischen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung zu. Dies befördert Entsolidarisierung und gefährdet den sozialen Zusammenhalt. Kurzfristige Sozialpolitik nach Kassenlage gefährdet nachhaltige Strukturen sozialer Arbeit, wenn z. B. Kinder- und Jugendzentren mit einem wirksamen Befähigungsansatz in sozialen Brennpunkten aufgrund eines akuten Spardrucks der Kommune geschlossen werden. Es gibt aber natürlich auch erfolgreiche Ansätze, Kieze in Berlin weiterzuentwickeln oder auch strukturschwache Regionen zu stärken.

2 Einige demokratiepraktische Beobachtungen

Wer nach Berlin kommt und in die Sozialpolitik einsteigt, hat vielleicht zunächst die Erwartung, dass Politik in einer Hauptstadt sehr vielschichtig ist und Weltstadtcharakter hat. Doch nach einigen Monaten stellt sich heraus, dass die Berliner Sozialpolitik geprägt ist von wenigen zentralen Akteuren und einer beinahe „dörflichen Struktur“. Im Stadtstaat Berlin kennt man sich, die Kreisverbände der Parteien verteilen die Posten untereinander auf. Alte Fehden und Bruderschaften halten lange und es ist eine Herausforderung als Nichtberliner/in wirklichen Zugang zum politischen Geschäft zu bekommen. Die großen Wohlfahrtsverbände sind die Parität und die Diakonie. Dann folgt erst die Caritas mit den 8000 Mitarbeitenden, die unter dem Dach des Verbandes und seiner korporativen Mitglieder arbeiten. Seit 2005 gibt es als einzige verbandliche Ebene den Diözesancaritasverband, der zugleich Träger der ambulanten sozialen Arbeit und Spitzenverband der freien Wohlfahrtspflege in Berlin, Brandenburg und

Vorpommern ist. Mit ca. 550 beruflichen und mehreren hundert ehrenamtlichen Mitarbeitenden ist der Caritasverband in den unterschiedlichsten sozialen Arbeitsfeldern tätig. Mit seinen Gesellschaften mit über 4000 Mitarbeitenden ist er in den Feldern Medizin, Pflege, Seniorenarbeit und Kinder- und Jugendhilfe aktiv.

Die sozialpolitische Arbeit in Berlin ist auf der Ebene der Liga der freien Wohlfahrtspflege nach wie vor sehr stark bestimmt durch die Auswirkungen des Treberhilfe-Skandals, der zu einem starken Misstrauen gegenüber gemeinnützigen sozialen Organisationen führte. Bis heute ist die freie Wohlfahrtspflege durch diesen Skandal in ihrer sozialstaatlichen Rolle geschwächt. Die Verbände befinden sich seit Jahren in einer Defensivposition gegenüber dem Senat und sehen sich immer weiteren Kontrollbestrebungen der Senatsverwaltung ausgesetzt. In nahezu allen Kooperationsgesprächen der Liga-Geschäftsführerrunde mit dem Senator und der Senatsverwaltung wird das mangelnde Rollenverhältnis auf Augenhöhe beklagt. Inhaltliche Positionen werden in diesen Gremien wenig ausgetauscht. Ein Hauptthema sind neben den Rahmenverträgen zwischen dem Senat und den Ligaverbänden die unzureichenden Refinanzierungsbedingungen – insbesondere im Hinblick auf die fehlende Kompensation von Tarifsteigerungen.

2.1 Kommunalisierung sozialpolitischer Arbeit

Ein weiteres prägendes Phänomen in der sozialpolitischen Arbeit ist die zunehmende Kommunalisierung mit ihren entsprechenden Folgen. Immer mehr staatliche Aufgaben werden auf die Kommunen und in die Bezirke verlagert (vgl. Kostka 2013a). Dies gibt den Kommunen zwar theoretisch mehr Gestaltungsmöglichkeiten, führt praktisch aber auch häufig zu einer Überlastung und problematischen Rollenverschiebungen. Da das Erzbistum Berlin und damit auch der Caritasverband drei Bundesländer im Osten und entsprechend viele Kommunen umfasst, zu denen auch die ärmsten Landkreise der Bundesrepublik zählen, ist es hier gut möglich, verschiedene Kommunalisierungstrends zu beobachten.

In Gesprächen mit Kommunal- und Landespolitiker/innen werden von vielen immer wieder steigende Fallzahlen in der Jugend- und Eingliederungshilfe beklagt und vermutet, dass Einrichtungen und Strukturen der freien Träger sich daran gesund verdienen. Den Kommunen gehe es darum, eine größere Einkaufsmacht und mehr Kontrolle und

Aufsicht bis tief in die Organisationen hinein zu bekommen. Es ist ein gewisses Misstrauen gegenüber der freien Wohlfahrtspflege zu spüren im Hinblick auf die korrekte Mittelverwendung. Die Wohlfahrtsverbände haben zum Teil viel für die transparente Mittelverwendung getan. Der Caritasverband für das Erzbistum Berlin veröffentlicht seit 2012 seinen Jahresabschluss in Form eines Geschäftsberichtes im Internet und ist der Initiative „Transparente Zivilgesellschaft“ beigetreten.

Als weiteres Problem der Kommunalisierung stellt sich die Ausschreibungspraxis dar. Ausschreibungen sind auf der kommunalen Ebene übliche Praxis. Dabei zeigt sich, dass tarifgebundene Träger wie die Caritas häufig im Nachteil sind, weil sie im Preiswettkampf deutlich unterliegen. Zugleich ist in einigen Kommunen nach wie vor ein Vorbehalt gegenüber konfessionellen Trägern zu beobachten. Bei verschiedenen Kommunen ist auch zu beobachten, dass sie soziale Dienstleistungen selber übernehmen, oft mit dem Argument, dass sie es günstiger und zielgerichteter anbieten könnten. Dies widerspricht zum einen dem Subsidiaritätsprinzip und zum anderen der Wahlfreiheit von Klienten. Gleichzeitig zeigt sich dabei der Etatismus, der in manchen Regionen des Erzbistums durchaus spürbar ist: die bis heute geltende Vorstellung, dass der Staat allein für soziale Dienstleistungen zuständig ist. Es gibt auch Ausnahmen. In einer Kommune in Brandenburg wurde dem Caritasverband die Allgemeine Soziale Beratung zugesprochen und sogar darum gebeten, diese auszubauen, trotz der entsprechenden Kosten.

Kommunalisierung kann sich aber auch als Chance erweisen: Kommunalisierung kann dann eine Perspektive sein, wenn sie kein Sparmodell der anderen staatlichen Ebenen ist, sondern es darum geht, sozialpolitische Wirksamkeit zu steigern. Wenn die Wohlfahrtsverbände als Partner einer Sozialraumgestaltung gesehen werden und nicht auf die Rolle von reinen Dienstleistern reduziert werden, liegen in einer Kooperation auf Augenhöhe durchaus Chancen. Für die Wohlfahrtsverbände heißt das aber auch, dass sie nicht jeder Ausschreibung hinterherlaufen dürfen und Interessenskonflikte zwischen Träger- und Nutzerinteressen transparent machen müssen.

Oftmals verbergen sich hinter hochgelobten Kommunalisierungstendenzen aber reine Einsparinteressen, die oft in verdeckter Rationalisierung im Sozialwesen enden. Der Nutzer weiß oft nicht, was ihm vorenthalten wird. Wenn einmal wieder in den Kooperationsgremien über die Fortschreibung im Zuwendungs- oder Entgeltbereich diskutiert wird und sich die gegenseitige Hilflosigkeit angesichts hochverschuldeter

Haushalte offenbart, stellt sich die Frage, ob die Debatte nicht ganz anders geführt werden müsste. Verteilung nach ethischen Gesichtspunkten und unter Umständen auch die Rationierung notwendiger Maßnahmen im Sozialwesen aufgrund von Mittelknappheit erfordert zunächst einmal die Offenlegung einer schleichenden Rationierung, dann die Definition von sozialpolitischen Zielen, Inhalten und Kriterien für das Sozialwesen sowie schließlich transparente Verteilungsentscheidungen und -verfahren für und mit Trägern und Nutzern.

2.2 Leidenschaft der Politik für Bündnisse, Pakte, Programme und runde Tische

Fast jeden Monat erreicht den Caritasverband eine Anfrage von Senatsverwaltungen, Ministerien aus Brandenburg und Vorpommern oder von der kommunalen Ebene an einem Bündnis oder einem Pakt teilzunehmen: sei es der Pflegepakt in Berlin, lokale Gesundheitsbündnisse oder der Runde Tisch für Inklusion in Brandenburg. In solchen Bündnissen wird oft ein Allheilmittel gesehen, um wichtige Themen der Sozial-, Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik aufzugreifen. Die Erfahrungen mit solchen Bündnissen sind allerdings sehr heterogen. Oftmals sind sie mehr eine „Showpolitik“, mit der schöne Bilder für Politiker entstehen und ein ganzer Markt von Agenturen gut verdient.

Es gibt aber auch Bündnisse oder Runde Tische, die der wirklichen Bewusstseinsbildung und Vernetzung unterschiedlicher Akteure dienen. Recht positiv sind die Erfahrungen mit dem Runden Tisch Inklusion in Brandenburg, wo der Jugend- und Bildungsministerin ein wirkliches Interesse an fachlichem Feedback anzumerken ist und auch eine gewisse Verbindlichkeit besteht, wenn dort Forderungen entwickelt werden. Doch jede Bündnisanfrage ist kritisch zu hinterfragen, weil die Wirkungsorientierung in vielen Fällen sehr fraglich ist. Ein gewisser Vorteil von Runden Tischen könnte es sein, dass auch Vertreter/innen von kleinen zivilgesellschaftlichen Interessengruppen die Möglichkeit haben, dort auf einer gewissen Augenhöhe mitzuwirken.

Sehr unterschiedlich sind die Erfahrungen mit großen Bundesprogrammen. Sie erringen oft dann eine hohe Wirkungsorientierung, wenn sie von Anfang an mit Praxisvertretern entwickelt wurden und nicht nur am Schreibtisch von Bundesministerien oder der EU. Positiv sind die Erfahrungen mit dem Programm zur Förderung des Stromsparchecks,

wo aus der Caritaspraxis heraus die Idee entstand, langzeitarbeitslose Menschen zu Stromsparhelfern auszubilden, die Personen und Familien im ALG-II Bezug beraten, Energie einzusparen. Kritisch ist es, wenn Ministerien beratungsresistent sind und aufwendige Programme entwickeln, die für ein bis zwei Jahre Aktivitäten für bestimmte Zielgruppen ohne Nachhaltigkeit bei hohem Verwaltungsaufwand auslösen. Hier sind natürlich auch die Wohlfahrtsverbände gefordert, selbstkritisch zu hinterfragen, ob sie sich immer aus Ressourcengründen auf eine solche „Projektiritis“ einlassen müssen.

In der Wahrnehmung der Politik wird den konfessionellen Wohlfahrtsverbänden in Feldern wie der Migrations-, Flüchtlingspolitik und in einzelnen großen Themen wie Armut, Sucht und Pflege größere Bedeutung zugemessen. Hier rechnet man besonders mit Caritas und Diakonie. Die Basisdienste der Caritas in der Wohnungslosenhilfe, der Allgemeinen Sozialberatung, der Schwangerenberatung oder der Erziehungs-, Familien- und Lebensberatung werden als unverzichtbar für die Stadt geschätzt. Bei Verhandlungen wird jedoch das Argument, dass der Einsatz kirchlicher Eigenmittel immer mehr wächst und höchstproblematische Grenzen erreicht, gerne überhört. Mit Erstaunen wurde von vielen Seiten der Schritt der Beendigung der Leiharbeit im Caritasverband und nun auch in der Caritas Altenhilfe GGmbH wahrgenommen, gerade angesichts der Tatsache, dass die Caritas mit ihren Arbeitsvertraglichen Richtlinien (AVR) Marktführerin beim Tarif ist.

3 Sozialethische Bewertung und Folgen für das sozialpolitische Handeln der Caritas im Erzbistum Berlin

Ausgangspunkt für das sozialpolitische Handeln der Caritas muss zunächst die Reflexion des eigenen Auftrags sein, der die drei Funktionen Anwaltlichkeit für Benachteiligte, Dienstleister und Solidaritätsstifter umfasst. In den letzten zwölf Monaten haben sich die Mitarbeitenden des Caritasverbandes sowie die Leitung sehr intensiv mit dieser Rollenklärung und mit der Erarbeitung eines stärker sozialpolitischen Profils auseinandergesetzt. Konsequenz daraus ist die sozialpolitische Position, die im März 2012 veröffentlicht wurde (www.caritas-berlin.de). Ganz zentral ist auch die Reflexion der Rolle des Verbandes als sozialpolitische Stimme der Kirche (vgl. Kostka 2013b). Gerade durch die klare Profilierung als katholische Stimme in der Sozialpolitik mit einem advokatorischen

Ansatz kann die Caritas in einem säkularisierten Umfeld Position beziehen. Dazu gehört eine sozialetische Reflexion. Mittelfristig strebt der Caritasverband vor diesem Hintergrund an, die Mitarbeitenden unter dem Dach der Caritas in der sozialetischen Argumentationsfähigkeit zu schulen und so auch die Caritas als sozialetische Impulsgeberin für sozialstaatliche Entwicklungen in den Regionen des Erzbistums Berlin zu stärken. Denn gerade in der Arbeit auf kommunaler Ebene und Landesebene ist es entscheidend, sozialstaatliche Entwicklungen in einzelnen Arbeitsfeldern zu analysieren und auch sozialetisch zu bewerten – z. B. aus Sicht des Subsidiaritätsprinzips und dem Wunsch- und Wahlrecht der Klienten. Daraus ergeben sich vielfältige sozialetische Forschungsfragen, die nach einer Bearbeitung suchen! Eine große Herausforderung ist für den Caritasverband die Akzentuierung des eigenen spezifischen Profils. Denn sowohl innerkirchlich, als auch in der Politik und Öffentlichkeit wird immer häufiger nach dem Mehrwert kirchlich-sozialer Verbände und ihrer Einrichtungen und Dienste gefragt. Der Mehrwert besteht u. a. genau dann, wenn sich die Caritas klar politisch für die Benachteiligten positioniert, die sonst wenig politische Aufmerksamkeit erfahren. Dazu zählen z. B. Menschen, die abgeschoben werden sollen oder Personen, die vom sogenannten beschleunigten Flughafenverfahren betroffen sind, weil sie über einen Flughafen einreisen und ihrem Asylantrag wenig Erfolgchancen gegeben werden. Das politische Engagement für Menschen am Rande aus christlich-ethischer Perspektive ist ein grundlegendes Wesensmerkmal einer kirchlichen Caritas.

Politische Kraft kann die Caritas besonders dann entfalten, wenn sie ihren Vorteil nutzt, dass sie ihre konkreten Dienste vor Ort hat, dort Beobachtungen zu sozialen Entwicklungen macht und auf kommunaler sowie Landes- und Bundesebene vertreten ist (Seismographenfunktion). Dies zeigte eine sozialpolitische Veranstaltung des Caritasverbandes vor wenigen Monaten. Dabei konnte der Caritasverband beobachten, wie der Adrenalinpiegel von Senatsvertretern und Vertretern von Bundespolitik und Ministerien gestiegen ist, als der Caritasverband aus seiner Praxis gemeinsam mit dem Deutschen Caritasverband auf Rechtsbrüche in der Auslegung des SGB bei der Ablehnung des Versicherungsstatus für EU-Bürger im Hinblick auf medizinische Versorgung hingewies. Grundsätzliches Ziel des Caritasverbandes ist aber nicht eine sozialpolitische Klagemauer aufzubauen, sondern Lösungsansätze aufzuzeigen. Um politisch wirksam zu sein, erfordert dies auch eine intensive Medien- und Öffentlichkeitsarbeit.

Ebenso setzt sich der Caritasverband für eine Neuakzentuierung der Rolle der Verbände der freien Wohlfahrtspflege in der Politik und der Zivilgesellschaft ein. Dazu gehört aber auch, dass die freie Wohlfahrtspflege ihre Defensivposition aufgibt und sich über Inhalte und starke Positionen für die Zukunftsgestaltung der Region profiliert. Dies erweist sich zurzeit als recht schwierig in Berlin.

Wohlfahrtsverbände stehen in der Kritik – gerade auch kirchliche Wohlfahrtsverbände, insbesondere aufgrund des Arbeitsrechts. In den letzten zwölf Monaten konnte der Caritasverband viele positive Erfahrungen durch große Transparenz machen, sei es durch die Veröffentlichung des Geschäftsberichtes mit Jahresabschluss oder den offenen Umgang mit den Bedingungen zur Beendigung der Leiharbeit.

Transparenz erfordert aber auch Konfliktfähigkeit. Erprobungsfelder dazu waren etwa die Verhandlungen mit dem Senat zur Refinanzierung von Tarifsteigerungen, mit Ver.di-Vertretern wegen der Leiharbeit und mit der Dienstnehmerseite wegen einer angepassten Tarifentwicklung sowie mit Bistumsgremien bezüglich eines angemessenen prozentualen Anteils für die Caritasarbeit im Bistumshaushalt. Äußerst positiv war dabei die Unterstützung und Transparenz durch die neue Bistumsleitung und das persönliche Engagement von Kardinal Woelki für soziale Themen. Überraschend waren Erfahrungen, dass unterschiedliche Positionen in der Caritas zu einem Thema wie der anonymen Geburt und der Babyklappe nicht von allen zugelassen werden wollten.

Zur Demokratiefähigkeit zählt auch eine entsprechende Organisationskultur des eigenen Verbandes, die plurale Diskussionen zulässt auf allen Ebenen. Dieser Prozess ist sicherlich in der Caritas im Erzbistum Berlin noch längst nicht abgeschlossen, aber auf einem recht guten Weg. Optimistisch stimmend ist die Atmosphäre in der Ortskirche im Erzbistum Berlin, wo offene Diskussionen z. B. zur Gestaltung der pastoralen Räume durch das Bistum gefördert werden.

Demokratie zu fördern ist ein Grundziel der Arbeit der Caritas. Dies zeigt sich hier im Erzbistum insbesondere in vielen demokratiefördernden Projekten in der Kinder- und Jugendarbeit, wie z. B. in Theaterprojekten mit Schülerinnen und Schülern in Vorpommern gegen Rechtsradikalismus und in der Förderung von Kinderrechten in ambulanten und stationären Jugendhilfeeinrichtungen. Demokratie wird hier in der Caritasarbeit der Kirche handfest. Sie vor Ort mitzugestalten ist eine gute Möglichkeit, Kirche mitten unter den Menschen zu sein und „angewandte Sozialethik“ zu betreiben.

Literatur

- Kostka, Ulrike (2013a): Geht es um Rationierung oder um Sozialraumgestaltung? In: Neue Caritas 11, 16–18. (Die Bezüge werden nicht einzeln kenntlich gemacht.)
- Kostka, Ulrike (2013b): Die Rolle der Moralthologie in der Politik und das politische Engagement der Kirche. In: Goertz, Stephan; Hein, Rudolf B.; Klöcker, Katharina (Hg.): Fluchtpunkt Fundamentalismus? Gegenwartsdiagnosen katholischer Moral, (FS Antonio Autiero). Freiburg im Breisgau: Herder, 445–461.
- Sozialpolitische Position des Caritasverbandes für das Erzbistum Berlin e. V. (2013): online verfügbar unter: <<http://www.caritas-berlin.de>, abgerufen 17.07.2013.

Über die Autorin

Ulrike Kostka, Dr. theol., außerplanmäßige Professorin für Moralthologie der Katholisch-Theologischen Fakultät an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster und Diözesancaritasdirektorin des Caritasverbandes des Erzbistums Berlin e. V.